

Preis der Einzelnummer 5 Grusch
Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1.75 T.Pfd., 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8.00 T.Pfd., 12 Monate 15.00 T.Pfd.
Ausland: 1 Monat 2.00 R-Mark, 3 Monate 5.00 R-Mark, 6 Monate 9.00 R-Mark, 12 Monate 17.00 R-Mark
Gesamtleitung: Schleichhane-Karakol, Jokuachu, Saverto-Goleja-Gasse, Phoenixhaus.
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Para 1733
Postfach: Galata 269.

تورکيه پوسته Türkische Post

تورکيه پوسته
آؤنسه
بازمه: ۱۰۰۰
بازمه: ۸۰۰
بازمه: ۵۰۰
بازمه: ۲۰۰
بازمه: ۱۰۰
بازمه: ۵۰
بازمه: ۲۰
بازمه: ۱۰
بازمه: ۵
بازمه: ۲
بازمه: ۱

3. JAHRGANG NO 69 Tagesszeitung für den Nahen Osten Konstantinopel, Freitag, 9. März 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin. Der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

Die Einladung der Türkei zur Teilnahme an den Genfer Abrüstungsarbeiten wird voraussichtlich heute vor dem Rat besprochen werden.
In Kairo kam es zu Kundgebungen der Studentenschaft für die ägyptische Unabhängigkeit.
Die Metallarbeiter in Berlin lehnten den gefällten Schiedsspruch ab.

Griechenlands innen- und aussenpolitische Lage.

Der griechische Minister des Auswärtigen, Michalakopoulos, äusserte sich vor seiner Abreise nach Genf gegenüber dem Vertreter des «Temps», dass die griechische Regierung, obwohl keine der wesentlichen griechischen Fragen auf der Tagesordnung des Völkerbundes stehe, dennoch besonderen Wert darauf lege, dass er mit den in Genf versammelten Auswärtigen in Fühlung trete. U. a. interessiere die griechische Regierung in hohem Masse das Sicherheits- und Schiedsgerichtsproblem. Die auswärtige Lage Griechenlands beurteilt Michalakopoulos befriedigend. Keinerlei Krisis mit einer ausländischen Macht trübe den politischen Horizont. Die griechische Regierung unterhalte mit allen Staaten freundschaftliche oder zum mindesten höfliche Beziehungen. Mit der Türkei dauerten die Verhandlungen über die Entscheidung an die ausgetauschte Bevölkerung an. Juristische und finanzielle Sachverständige prüften gegenwärtig die durch diese Frage aufgeworfenen Probleme. Die Verhandlungen versprechen auf Grund gegenseitigen Entgegenkommens zum Ziele zu führen.
Was die innerpolitische Lage Griechenlands betrifft, so herrsche innerhalb der Regierung vollkommene Übereinstimmung und zwischen der Regierung und dem Parlament das beste Einvernehmen, sodass die Regierung in der Lage sei, die Schwierigkeiten, die nach dem Diktator-Regime Pangalos zurückgeblieben sind, zu überwinden. Nach einer anderen Meldung aus Athen sei die griechische Regierung entschlossen, falls über die Entscheidungsfähigkeit der Türkei eine Einigung nicht erzielt werden könnte, die Streitfrage dem Völkerbundsrat zu unterbreiten.

Die italienischen Waffenlieferungen an Griechenland.

Die vom Diktator Pangalos den italienischen Werken «Breda» übergebene Waffenlieferung geht ihrer Ausführung entgegen. Am 9. d. M. werden die ersten 6000 Gewehre in Italien befindlichen griechischen Offizieren für die griechische Armee übergeben. Die Weiterlieferung erfolgt zu den vertraglich festgelegten Fristen.

Griechenland kauft Flugzeuge.

Eine grosse deutsche Firma hat dem hiesigen Kriegsministerium ein Angebot auf 50 Flugzeuge verschiedener Typen unterbreitet. Das griechische Kriegsministerium wird sich dieser Tage mit dieser Offerte befassen.

Verhaftung des Engländers Benett in Athen.

Der englische Staatsangehörige Benett, Direktor der Anglo-Hellinic Co., die sich mit dem Erwerb der Abdul-Hamid'schen Güter befasst, ist ebenfalls verhaftet worden. Ausser den Anklagen wegen Betrugs stellt man fest, dass die Mitglieder der Gesellschaft auch Spionage getrieben haben. Das Kriegsministerium hat bereits seit langem die Ausweisung des Engländers Benett beantragt, doch wurde diesem Antrage seitens des Auswärtigenministeriums nicht stattgegeben.

Die Reise des Gasi.

Wie die «Milliet» aus Angora erfährt, beabsichtigt der Gasi auf seiner bevorstehenden Reise Adana zu besuchen. Die Stadt beginnt bereits die nötigen Vorbereitungen für den Empfang des Präsidenten zu treffen.

Der Prozess Ihsan Bey.

Der Staatsgerichtshof vertagte die zu gestern nachmittag angesetzte Sitzung auf Sonnabend, da die Berichte der Sachverständigen noch nicht fertiggestellt werden konnten.

Kein Brief Ihsan Beys an den Gasi?

Die Meldung einer Smyrnaer Zeitung die wir kürzlich hier wiedergaben, und nach der Ihsan Bey einen Brief an den Gasi gerichtet haben sollte, wird widerrufen.

Um die kaufmännische Tätigkeit der Angeordneten.

Der Vorschlag Dschelal Nuri Beys, wonach es den Abgeordneten der Grossen Nationalversammlung untersagt sein soll, sich kaufmännisch zu betätigen, wurde vom Ausschuss angenommen und wird demnächst im Plenum zur Beratung gestellt werden.

Japans Vertreter in der Meerengenkommission.

Der Vertreter Japans in der Meerengenkommission Jamamora wurde durch seine Regierung zurückberufen und ist gestern nach Marseille abgefahren. Sein Nachfolger ist der Kommandant Jamada.

Zu den Eisenbahnbauten.

Wie der «Ikdam» erfährt, sind die Vorschläge der Krupp Werke zum Eisenbahnbau vom Ministerium für Öffentliche Arbeiten ebenso wie kürzlich die amerikanischen abgelehnt worden. Bedacht Bey hat erklärt, dass noch zwei weitere Vorschläge, einer amerikanischen und einer italienischen Gruppe, zu prüfen seien.

Die Häfen von Mersina und Samsun beabsichtigt die Regierung nunmehr selbst auszubauen.

Sie hat aus diesem Grunde eine Sachverständigenkommission zu Prüfungszwecken an Ort und Stelle entsandt.

Ägyptische Lehrer für Abessinien

Seinerzeit hatte die ägyptische Regierung, eine Anzahl ägyptischer Lehrer für den arabischen Unterricht an den abessinischen Schulen und für die Reorganisation dieser Schulen zu ernennen. Der Antrag, der dem ägyptischen Kultusministerium übergeben wurde, ist insofern verwirklicht worden, als das ägyptische Kultusministerium vier besonders qualifizierte Lehrer für dieses Amt ernannt hat und diese Lehrer im Begriffe sind, nach Abessinien abzufahren. Auch die persische Regierung hatte denselben Wunsch an die ägyptische Regierung gerichtet; jedoch sind die hierzu vorgesehenen Lehrkräfte noch nicht abgefahren.

Kundgebungen in Kairo.

In den Strassen der Stadt kam es heute zu grossen Kundgebungen der Studentenschaft für die Unabhängigkeit Ägyptens. Irgendein Zwischenfall ist jedoch nicht zu verzeichnen.

Der «Heilige Krieg»

Die Regierung von Palästina dementiert alle Gerüchte über den Ausbruch von Unruhen in Basra und Jerusalem auf Grund der Erklärung des Heiligen Krieges durch den König Ibn Saud.

Kälte in der Krim.

In der Krim ist seit 15 Jahren kein so strenger Winter gewesen. Noch jetzt erreicht der Frost 13 Grad, was um diese Jahreszeit auf der Halbinsel fast nie beobachtet worden ist.

Die Genfer Tagung.

Um die Einladung der Türkei.

Der Forderung Litwinoffs, die Türkei zur Teilnahme an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz einzuladen, wird erwohnen und voraussichtlich angenommen werden. Polen hatte bereits vorher einen ähnlichen Vorschlag gemacht. Um die Forderung zur Beratung zu stellen, bedarf es aber eines offiziellen Ersuchens eines der Ratsmitglieder. Man nimmt an, dass Salecki in der morgigen Sitzung einen entsprechenden Vorschlag einbringen wird.

Um den Wiedereintritt von Spanien und Brasilien.

Der Ratspräsident Urtia gab seine Absicht bekannt, Spanien und Brasilien aufzufordern, den Völkerbund nicht endgültig zu verlassen. Die Absicht des Präsidenten wurde von den andern Ratsmitgliedern mit Wärme begrüsst. Strossmann erklärte, dass er es stets ausserordentlich bedauert habe, dass der Austrittsentschluss von Spanien und Brasilien mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammengefallen sei. Er fügte hinzu, dass beide Staaten der internationalen Gemeinschaft noch grosse Dienste leisten könnten und forderte den Präsidenten Urtia auf, den Rat zu einer Entschliessung zu veranlassen, nach der an beide Länder eine Note gerichtet werden solle, mit dem Ersuchen ihren Austrittsentschluss zurückzunehmen.

Aus Nikaragua.

Der Eisenbahnbau mit dem Auswärtigen Minister Nikaraguas wurde auf der Rückreise von La Habana nach Managua zum Entgleisen gebracht. Infolge der dadurch entstandenen Störung des Eisenbahnverkehrs, musste die Eröffnung des Nikaragakongresses verschoben werden. Man sieht in der Tat einen Sabotageakt gegen das Gesetz, das den Nordamerikanern die Ueberwachung der kommenden Nikaragawahlen überträgt.

Zur Einweihung des Kossuth-Denkmal in New York.

Heute früh haben 400 Personen die Reise nach New York angetreten, um dort an der feierlichen Enthüllung des Kossuth Denkmals teilzunehmen. Vor der Abreise hatte sich eine Kommission zum Grabe Ludwig Kossuths begeben, um dort vom Grabhügel einen Sack Erde abzuheben, die unter dem Sockel des New Yorker Monuments gestreut werden soll, damit das Monument auf ungarischer Erde ruhe.

Amerika und die Uboote.

Der ausserpolitische Ausschuss des Repräsentantenhauses sprach sich mit 6 gegen 5 Stimmen gegen den Vorschlag aus, wonach die Verwendung von Ubooten für ungesetzlich erklärt werden sollte und lehnte den Antrag auf ein Allgemeinverbot der Ubootverwendung ab.

Absturz eines französischen Riesenflugzeuges.

Ein grosses französisches Flugzeug mit 12 Passagieren an Bord stürzte beim Ueberfliegen von Folkestone ab. Der Apparat wurde vollständig zerstört. Die Passagiere wurden alle mehr oder weniger schwer verletzt.

Noch einmal Grosswardeln.

Die rumänische Regierung bewilligte eine Entschädigung von 14 Millionen Lei für die Opfer der letzten Unruhen in Grosswardeln.

Aus Deutschland.

Vom Reichstag.

Der Reichsverkehrsminister Koch schätzte in seiner Etaterede die Einnahmen der Reichsbahn im Vorjahre auf etwa 5 Milliarden Mark. Er teilte mit, dass die deutsche Handelsflotte jetzt über nahezu 3,5 Mill. Register-Tonnen gegenüber 600.000 nach der Schiffablieferung bei Friedensschluss und gegenüber 5,4 Mill. im Jahre 1914 verlor. Der Minister erklärte weiter, dass der Ausbau des Luftverkehrs von Berlin über Moskau nach dem Fernen Osten ein besonderes Interesse verdiene und der Trans-Ozean-Verkehr zuerst mit Südamerika möglich sein werde. Ob das Luftschiff oder das Flugzeug dabei vorzuziehen sei, lasse sich noch nicht entscheiden, zunächst solle der Bau des neuen Zepellinluftschiffes durch Mittel des Verkehrsministeriums gefördert werden.

Die ungarischen Optanten.

Der Rat trat gestern abend zu einer geheimen Sitzung zusammen. Er stellte sich heraus, dass die Lösung der Optantenfrage zwischen Ungarn und Rumänien auf ausserordentliche Schwierigkeiten stösst, doch glaubt man, dass auf Grund der kürzlichen Unterredung zwischen Mussolini und Titulescu eine Einigung gefunden wird.

Das neue japanische Mitglied der Mandatskommission.

Der Völkerbundsrat ernannte heute den Japaner Sakenobe zum Mitglied der Mandatskommission als Nachfolger des zurückgetretenen Jamanata.

Schluss der Genfer Sicherheitsverhandlungen.

Der Sicherheitsausschuss des Völkerbundes beendete am Mittwoch seine Arbeiten mit der Annahme des Mustern eines allgemeinen Nichtangriffsaktes und eines zweiseitigen Nichtangriffsabkommens. Die dritte Tagung des Sicherheitsausschusses wird spätestens Ende Juni stattfinden, auf der die Beratung der deutschen Vorschläge vorgehen ist.

Der afghanische König in Essen.

Das afghanische Königspaar ist in Essen eingetroffen, wo es in der Villa Hügel bei Krupp abgestiegen ist.

Das spanische Luftabkommen vom Reichstag gebilligt.

Der Reichstag billigte den Gesetzentwurf über das Luftabkommen mit Spanien.

Dividende der Hapag.

Der Aufsichtsrat der Hapag schlägt eine Dividende von 8 v. H. gegenüber 6 v. H. im Vorjahre vor.

Der Geburtenrückgang.

Graf Westarp richtete im Reichstag an die Regierung eine Anfrage, was sie zu tun gedanke, um dem Geburtenrückgang in Deutschland entgegenzuwirken.

Zu den russisch-afghanischen Verhandlungen.

Nach Meldungen aus London verlangten die afghanischen Kaufleute von der Regierung von Kabul mit Russland keinen Handelsvertrag abzuschliessen, ehe nicht Russland den Kaufleuten Afghanistans den zustehenden Rabatt für den Durchgangsverkehr einräumt. Der russische Vertreter verhandelt mit den Kaufleuten bis zur Lösung der Frage, die Beziehungen zu Russland fortzusetzen.

Politische Wochenschau.

Konstantinopel, 8. März.

Die zum absoluten Axiom erhobene Theorie, dass die inneren Angelegenheiten eines Staates keinen anderen etwas angehen, hat so ziemlich gründlich mit dem aufgeräumt, was man früher Weltgewissen zu nennen pflegte. Das Idol der Staatssovereinität ist zu einer Art Moloch geworden, dem die Appelle an die Menschheit verbindende Rechte in beinahe selbstverständlicher Weise zum Opfer gebracht werden. Man könnte dafür aus der Nachkriegszeit, die russische Revolution mit inbegriffen, eine lange und eindrucksvolle Reihe von Belegen anführen. Das neueste Beispiel hat der Schmerzschrei des vergewaltigten Südtirol geliefert. Kaum eine Stimme hat sich ausserhalb Oesterreichs und Deutschlands in unabweiger Weise zu Gunsten des Appells des Kanzlers Seipel, den er im österreichischen Nationalrat an die Welt gerichtet hat, erhoben. Der systematische Prozess der Ausrottung der deutschen Sprache und deutschen Wesens in Südtirol ist auch für das Ausland längst kein Geheimnis. Die durch ihre Intoleranz hervorgerufenen Methoden, die dafür vom faschistischen Italien benutzt werden, hat die Aufmerksamkeit so manches ausländischen Journalisten erregt, der eine Studienreise nach Südtirol machte. Noch neuerlich veröffentlichte der «Manchester Guardian» eine Artikelserie über die Verhältnisse in Südtirol. Sie bot in ihrer trockenen Sachlichkeit der englischen öffentlichen Meinung, die sich ja sonst, wie der Fall Ungarn zeigt, für die «Erniedrigten und Gedrückten» leicht erwärmt, reichlichen Informationsstoff. Aber solange politische Impulse fehlen, erwärmt man sich eben nicht und findet den Appel Seipels vollständig deplaziert, da die Angelegenheit, wie unter anderem der «Daily Telegraph» ausführt, «eine rein innere italienische Angelegenheit» wäre. In Frankreich haben bedeutende Publizisten Parallelen zwischen Südtirol und Elsaas-Lothringen gezogen und gefragt, was wohl Frankreich dazu gesagt hätte, wenn der deutsche Regierungschef das französische Vorgehen in diesen Ländern im Parlament kritisiert hätte. Das heisst doch wohl, dass man nicht mit Steinen werfen soll, wenn man selbst in einem Glashaus sitzt. Die Theorie der absoluten Nichtangriffszone und des direkten Schweigens ist eine Gegenseitigkeitsversicherung mit unbeschränkter Haftung besonders soweit sie Nationen betrifft, deren Gewissen hinsichtlich der Behandlung ihrer Minderheiten nicht allzu rein ist. Aber auch französische Zeitungen, wie der «Temps», mussten zugestehen, dass der Appel Seipels in einer formell einwandfreien Form erfolgt wäre und deswegen erwarteten sie keine stärkere Reaktion Mussolinis. Darin haben sie sich geirrt und die «Wiener Arbeitszeitung» hat Recht behalten, als sie vorausschauend sagte: «Je mehr der Faschismus sich im Unrecht sieht, desto lauter erhebt er seine Stimmen». Mussolini hat geantwortet oder richtiger er hat gebrüllt, nun sagen wir, wie ein Löwe.

Letzte Nachrichten

Das englische Luftbudget.

Der Haushaltsplan für die britischen Luftstreitkräfte im nächsten Jahr beläuft sich auf insgesamt 16,25 Millionen Pf. Stg., das sind 700.000 Pf. mehr als im letzten Jahr.

Riesenerfolg der Leipziger Messe.

Die Leipziger Messe hat bis jetzt einen aussergewöhnlichen Erfolg zu verzeichnen. Am Mittwoch zählte sie allein 140.000 Besucher.

Der türkisch-schweizerische Niederlassungsvertrag.

Der Nationalrat ratifizierte das Niederlassungsabkommen mit der Türkei.

Die Tochter des Kaisers von Japan gestorben.

Die Prinzessin Hisa, Tochter des Mikados ist heute an einer Lungenentzündung gestorben. Sie war das einzige Kind und erst 6 Monate alt.

Der Dreierausschuss.

Das Dreierkomitee forderte von der ungarischen Delegation verschiedene Einzelheiten über die Waffenfundangelegenheit.